

Artikelnr: A48914186

Donnerstag 10.02.2011 Nr: 7 Seite:

1

**Quelle: Die Zeit** 

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, Leitartikel ARTIKELFOLGE Arabien steht auf

## Ägypten helfen

## Interessen contra Ideale - der Westen steht vor einem alten Dilemma. Er hat jedoch die Chance, es aufzulösen \*Josef Joffe\*

In der Despotendämmerung wird wieder der Neukantianer George W. Bush zitiert. Der fasste Kants Ewigen Frieden etwa so zusammen: Nur gute Staaten machen gute Außenpolitik, deshalb müssen die Schurken weg. »Wir müssen Jahrzehnte gescheiterter Nahostpolitik abschütteln«, dozierte er 2003 in Westminster. »Unterdrückung wurde im Namen der Stabilität toleriert«, doch die »großen« Demokratien sollten sich der Tyrannei widersetzen, wo immer sie herrsche. Jetzt gelte die »Vorwärtsstrategie der Freiheit« - in Afghanistan, im Irak.

Die Bilanz acht Jahre und hunderttausend Tote später: ein Krieg in Afghanistan, der verloren geht; ein Krieg im Irak, der weiterschwelt - ein moralisches wie strategisches Desaster. Der Tyrann ist weg, aber die Demokratie noch nicht da. Geläutert hat der Feldzug keinen Potentaten. Der strategische Sieger heißt Iran, denn mit Saddam ist auch das einzige arabische Bollwerk gegen Teheran gefallen. Nur kurz haben die Chomeinisten eingehalten, dann, Amerikas Schwächung im Blick, mit verdoppelter Kraft zur Bombe gegriffen und ihre Tentakel bis nach Beirut und Gaza ausgestreckt.

Kant ist der Leitstern, aus ideal- wie realpolitischen Gründen, Diktatoren sind allenfalls nützliche, nie aber nachhaltige Bundesgenossen. Doch die Warnung kommt von Porzia in Shakespeares Kaufmann von Venedig: »Wäre tun so leicht als wissen, was gut zu tun ist, so wären

Kapellen Kirchen geworden und armer Leute Hütten
Fürstenpaläste. « Wir wissen, dass Demokratie gut ist, jedenfalls die liberale, die mit Rechtsstaat,
Gewaltenteilung und Menschenwürde einhergeht.
Demokratien haben zum letzten Mal 1812 gegeneinander Krieg geführt:
Jung-Amerika gegen Britannien. Es gibt keine bessere Regierungsform, ganz gleich, wie atemberaubend das chinesische Wachstum ist.

Doch wissen wir nicht, wie der Westen die Demokratie exportieren kann - es sei denn um den Preis eines Weltkrieges, der Deutschland, Japan und Italien die Freiheit geschenkt hat. Diktatoren fallen lassen? Das täte der Seele gut, hat aber nur einmal funktioniert - als Ronald Reagan Ferdinand Marcos die Gunst entzog und der 1986 flüchtete. Seitdem herrscht auf den Philippinen zwar keine lupenreine Demokratie, aber doch eine, die man in Arabien als Glücksfall feiern würde.

Ansonsten behält Porzia recht. Jimmy Carter verstieß 1978 den Schah und bekam 1979 den Ajatollah. Israel wollte 1982 den regime change im Libanon durch Krieg erzwingen; die Macht hat heute Hisbollah. Condi Rice forderte freie Wahlen in Gaza, der Sieger hieß 2006 Hamas. In Ägypten zeigt sich das mörderische Dilemma im Reinformat. Mubarak stand wie eine Pyramide: gegen Iran und Islamismus, für den Frieden mit Israel - 30 Jahre lang. Einen solchen Mann stützt, aber stürzt

man nicht. Das war zwar peinlich, aber angesichts der größeren Übel weder töricht noch unehrenhaft.

Bloß hat der Mann nicht nur die Muslimbruderschaft, sondern auch alle anderen Parteien unterdrückt. Er hat mit einer korrupten Staatswirtschaft das Land um Wachstum, die Jugend um Lohn und Brot betrogen. Und er hat alles erstickt, was heute den »geordneten Übergang« ermöglichen könnte: Eigentumsrechte, eine unabhängige Gerichtsbarkeit, halbwegs freie Medien. Solange der demokratische Unterbau fehlt, wird der Regimesturz nur zwei Machtzentren begünstigen: erst die Armee, dann die Bruderschaft - die beiden bestorganisierten Kräfte im Lande. Auch hier türmen sich zwei Übel auf. Die Armee ist kein Garant der Demokratie, die Bruderschaft aber ist der Feind des Pluralismus sowie des Friedens mit Israel. Das erklärt, warum im Westen die Emphase (»Mubarak muss weg!«) der Ernüchterung gewichen ist. Clinton fordert »Respekt vor den Institutionen« und warnt vor »gewalttätigen Ideologien«. Merkel hält eine »ganz schnelle Wahl« für falsch; den Grund nennt Clinton: Wie sollte sich die Opposition in 60 Tagen organisieren?

Es ist das alte Dilemma: Interessen contra Ideale - und dahinter lauern die Panzer, die auf ihre Weise - wie im algerischen Bürgerkrieg - Ordnung schaffen. Schweigen aber die Waffen, hat die »Friedensmacht Europa« einen einzigartigen Vorteil, der das Dilemma auflösen könnte.



Artikelnr: A48914186

Donnerstag 10.02.2011 Nr:

7

Seite:

1

**Quelle: Die Zeit** 

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Wie man doch »eingreifen« kann, haben die Europäer während der portugiesischen Nelkenrevolution 1974 gezeigt. Washington fürchtete den Sieg der Kommunisten und setzte aufs Militär; gerade die Deutschen haben damals die demokratischen Parteien mit Geld und Aufbauhilfe unterstützt. So war es auch während der »sanften Revolution« in Osteuropa. Daraus

webt man keine Heldensagen, aber wer hilft, Parteien, Presse, Kommunalwahlen, soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit zu organisieren, wird im Kleinen säen, was später zur Demokratie heranwachsen könnte.

Was in der Agonie des Despotismus gegen den sanften Eingriff spricht?

Die gescheiterten Revolutionen in Mittelost wecken hundert Zweifel. Aber Gutes zu tun ist besser, als Gutes zu fordern. Es darf in Kairo bloß kein Krieg ausbrechen. Denn Anarchie ist der beste Freund der Diktatur.